

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten **Cerwenka** und **Mag. Heuras**

zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2003,
Ltg. Zl. 984

betreffend Abschluss von Sonderverträgen mit Neulehrern an Berufsschulen

In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen an Berufsschullehrer auf Grund des Einzuges der Informationstechnologie hinsichtlich Lehrstoff und Weiterbildung, besonders bei technischen Berufen drastisch erhöht. Dass Vordienstzeiten in sehr geringem Ausmaß angerechnet werden, dass Kustodiate und Supplierstunden pauschaliert abgegolten werden, der Überstundenfaktor gekürzt wurde und die Inflationsabgeltung nur 0,8 % betrug, stellt viele Neulehrer an Berufsschulen vor die Tatsache einer im Vergleich zur gestiegenen Leistungsanforderung geringen Entlohnung. Hinzu kommen Gehaltseinbußen beim Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen sowie Gehaltseinbußen bei Erzieherstätigkeit von bis zu derzeit noch 16%. Um zu verhindern, dass vakante Stellen wegen des verhältnismäßig geringen Anfangsgehältes nicht mehr nachbestellt werden können, werden etwa in Wien und Oberösterreich Neulehrern Sonderverträge angeboten. Nach einem dort bestehenden 3 Stufen – Modell liegt das Anfangsentgelt um einiges höher, die Lebensverdienstsumme jedoch bleibt gleich.

Im Hinblick auf die erforderliche hohe Ausbildungsqualität, die sich am Stand der Technik orientieren muss, verbunden mit erzieherischer Tätigkeit im Unterricht und im Internat, die den Auszubildenden die am Arbeitsmarkt immer wichtiger werdende Sozialkompetenz vermitteln soll, ist es notwendig, gerechte Entlohnung anzubieten, um geeignete Lehrkräfte unter Vertrag nehmen zu können.

Hinsichtlich eines neuen Bezugsmodells sind seit einigen Monaten Verhandlungen zwischen dem Land Niederösterreich und der Personalvertretung im Gange.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der laufenden Verhandlungen Entlohnungsmodelle entsprechend den Modellen in anderen Bundesländern auszu-
arbeiten, mit dem Ziel, die Anfangsbezüge attraktiver zu gestalten.